



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/10

12. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Bevölkerungsausgleich, wissenschaftlich gesehen	S. 1
Das Problem Rotchina	S. 3
Lettische Rechtsextremisten in Deutschland	S. 4
Politische Propheten -Glosse-	S. 5
Innenminister mit Herzklopfen -Glosse-	S. 7

3,7 Mill. Menschen in der Bundesrepublik "zu viel".

d. g. Als die alten Ordnungen des deutschen Sozial- und Wirtschafts-
gef ges zusammengebrochen waren und sich die schier endlosen Menschen-
ströme nach dem Westen ergossen, war keine Zeit für sinnvolle Planung.
Es galt, Vertriebenen ein Dach über den Kopf zu geben. So war es
fast unvermeidlich, dass z. B. die Breslauer Strassenbahner ausgerech-
net auf den entlegenen ostfriesischen Inseln landeten, während sich
schlesische Bauern an den Knotenpunkten von Strassenbahnlinien wie-
derfanden. Bei der später beginnenden wirtschaftlichen und sozialen
Neuordnung zeigten sich die schweren Belastungen dieser undurchdach-
ten Notaufnahme. Alle Versuche zur Lösung eines Bevölkerungsausglei-
ches seit den Tagen der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz im Ju-
ni 1947 bis zur letzten Umsiedlungsverordnung begegnen aber erheb-
lichen Bedenken, weil man bei diesen Vorhaben den verfügbaren Wohn-
raum als Richtschnur nahm und den Kreis der Umzusiedelnden auf die
Vertriebenen beschränkt hat. Man verengte somit das Problem und ging
an der Tatsache, dass es sich heute nur noch um einen Bevölkerungsaus-
gleich unter allgemeiner volkswirtschaftlicher Zielsetzung und
nicht um einen isolierten Flüchtlingsausgleich handeln sollte, vor-
über.

Während sich das Parlament gerade jetzt wieder mit einer Teil-
umsiedlungsquote von 200 000 Flüchtlingen im Jahre 1951 befasst, hat
das Institut für Raumforschung eine umfangreiche Denkschrift zur Ge-

samtkomplex eines volkswirtschaftlich planvollen Ausgleichs fertiggestellt, die zwar keine Patentlösungen bringt, aber die grundsätzlichen Richtlinien für notwendige Lenkungsmaßnahmen enthält, die bisher vermisst wurden. Die Raumforscher und Soziographen haben die Grundlagen untersucht und die "Tragfähigkeit" der einzelnen Länder nach den Bodenbedingungen, der Industrie und den Dienstleistungen ermittelt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass in der Bundesrepublik an sich eine absolute Überbevölkerung von 7.6 Mill. Menschen gegeben ist. Bei voller Ausschöpfung aller Entwicklungsmöglichkeiten verbleibt immer noch eine relative Überbevölkerung von 3.7 Mill., die eine Senkung des allgemeinen Lebensniveaus bewirken muss. Ungefähr 2.3 Mill. Menschen müssten umgesiedelt werden, wenn rein rechnerisch ein Bevölkerungsausgleich durchgeführt werden soll. Die volkswirtschaftliche Untersuchung kommt natürlich zu wesentlich anderen Ergebnissen als etwa der Umsiedlungsschlüssel der Flüchtlingsverwaltungen und so findet man auf Grund der Untersuchung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit auch z.B. Rheinland-Pfalz und Hessen unter den "Abgabebändern", während die Aufnahmeschwerpunkte in Nordrhein-Westfalen (mit 1,665 Mill.), Württemberg-Baden (299 000) Baden (112 000), Hamburg (97 000), Württemberg-Hohenzollern (62 000) und Bremen (57 000 Personen) liegen. Dieser Umsetzungsprozess kann nicht durch Massentransporte liquidiert werden, sondern nur durch einen langandauernden, volkswirtschaftlichen Umschmelzungsprozess, dessen Tempo von innerdeutschen Einflüssen ebenso wie von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. Daneben muss dafür gesorgt werden, dass die im Erzeugungsprozess nicht unterzubringenden Personen (Alte, Pensionäre, Fürsorgeempfänger etc.) nicht das Sozialgefüge und den Altersaufbau der Abgabebänder belasten, sondern nach Schaffung einer Rechtsgleichheit in den Ländern auch in andere Teile der Bundesrepublik übersiedelt werden können.

Die wissenschaftliche Durchleuchtung unseres wirtschaftlichen und sozialen Gefüges sollte auch beim Finanzausgleich nicht ausser acht gelassen werden, ebenso wie sie bei der Lenkung der Investitionsmittel für den Wohnungsbau, Industrie und Landwirtschaft und bei der oft notwendigen regional differenzierten Kreditpolitik der Landesbanken wertvolle Dienste leisten könnte - wenn man wollte. Die bisherigen Lösungsversuche des deutschen Flüchtlingsproblems haben jedenfalls gezeigt, dass eine stärkere Berücksichtigung volkswirtschaftlicher und soziologischer Gesichtspunkte zottut.

Aufnahme oder Ächtung Chinas ?

f. Die amerikanische Illusionspolitik in Asien hat zu einem gefährlichen Dilemma geführt, an dessen Ende entweder ein schwerer Prestigeverlust des Westens, vor allem der Vereinigten Staaten, oder der aussichtslose Krieg mit China steht. Amerika beklagt sich bitter darüber, dass es nun, da es in Korea in schwerste Bedrängnis geraten ist, im Stich gelassen wird. Diese Klage und Anklage ist nur zu einem geringen Teil berechtigt. Gewiss, die militärische Beteiligung der Nationen, die im vergangenen Sommer die nordkoreanische Aggression verurteilt haben, ist nicht gerade imponierend, so dass die Amerikaner die Hauptlast zu tragen haben. Aber darüber kann doch wohl nicht der geringste Zweifel bestehen, dass die Vereinigten Staaten nicht auf eine "Polizeiaktion" gegen Nordkorea gedrängt hätten, wenn ein Eingreifen Chinas in den Konflikt als eine ernste Gefahr empfunden worden wäre. Im Falle Tibet hat sich ja bis heute keine Hand gerührt, obwohl man auch hier den Charakter einer Aggression nicht bestreiten kann.

Im Falle Korea lautete der Auftrag der Vereinten Nationen seinerzeit, die nordkoreanische Aggression zurückzuschlagen. Dieser Auftrag war erfüllt, als die UNO-Streitkräfte den 38. Breitengrad erreichten. Bis zu diesem Zeitpunkt hat China nicht eingegriffen, nicht gedroht einzugreifen und hätte nicht gewagt, einzugreifen. Es hat davor gewarnt, den 38. Breitengrad zu überschreiten. Das hat seine guten Gründe, denn es kannte McArthur und war nicht gewillt, diesen abenteuernden, politischen General bis zur Grenze der Mandschurei, dem Ruhrgebiet des Fernen Ostens, marschieren zu lassen. Nicht nur Peking war der Meinung, dass mit dem Überschreiten des 38. Breitengrades die Polizeiaktion gegen Nordkorea einen Sinn bekäme, den der ursprüngliche Auftrag der UNO nicht mehr deckte. Die englische Regierung hat im Unterhaus, wenn auch widerstrebend, zugegeben, dass sie in Washington gewarnt hat. Ihre Warnung ist nicht gehört worden, obwohl die amerikanische Regierung und die Staatschefs ebenfalls schwerste Bedenken hatten. Aber Washington hat - es standen die Kongresswahlen vor der Tür - nicht gewagt, McArthur an enge Zügel zu nehmen. Man kann sich leicht vorstellen, was geschehen wäre, wenn Truman, der ja nicht nur Präsident, sondern auch Oberster Befehlshaber ist, das Notwendige getan und den Liebling der republikanischen Opposition, den sieg -

reichen General McArthur, zurückgepfiffen hätte.

Die Katastrophe kam, wie sie kommen musste. Vor sich seine erfolgreichen Armeen, lehnt Peking alle Vorschläge zur Feuereinstellung ab mit der monotonen Wiederholung seiner Forderungen: Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen und Anerkennung des chinesischen Anspruches auf Formosa, um nur die wichtigsten zu nennen. Washington im besonderen, der Westen im allgemeinen ist damit vor die Frage gestellt: Soll China für sein Eingreifen in Korea mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen belohnt werden, die ihm bisher auf amerikanischen Druck verweigert worden ist; oder soll es wegen dieses Eingreifens geächtet werden? An eine "Polizeiaktion" gegen China denken nicht einmal die Amerikaner, wohl aber wollen sie die Verurteilung Chinas als Aggressor.

Es wird sehr schwer sein, einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden, der einerseits die auf die Dauer völlig unfruchtbare Ächtung Chinas, andererseits die Belohnung seines provozierenden, aber auch von McArthur provozierten Eingreifens in Korea vermeidet. Verworrener könnte die Lage kaum sein. Die wichtigsten der nichtkommunistischen Länder Asiens werden eine Politik der Ächtung Chinas nicht mitmachen. Die nichtasiatischen Länder, die Peking anerkannt haben - vor allem Großbritannien - stehen vor einer schwierigen Entscheidung, da sie Washington nicht verärgern, aber auch Peking nicht vollends in die Arme Moskaus treiben wollen.

Lettische Rechtsextremisten in Deutschland

K. In Schwäbisch-Gmünd wird in der Remsdruckerei Sigg.Härtel&Co eine lettische Flüchtlingszeitung "Latvijs" gedruckt, dessen Herausgeber und Hauptredakteur ein ehemaliger lettischer Rechtsanwalt V.Lambers ist. Die meisten Redakteure sind frühere Mitarbeiter der nazistischen Zeitungen, die während des Krieges im okkupierten Lettland erschienen. Die Zeitung in Schwäbisch-Gmünd führt eine systematische antidemokratische Propaganda unter den lettischen Flüchtlingen in Deutschland. Sie verherrlicht in ihren Artikeln ständig die Ulmanis-Diktatur welche in Lettland in den Jahren 1934-40 bestand und damals die politischen Freiheiten vernichtete, das freigewählte Parlament verjagte, die demokratische Verfassung aufhob und die Anhänger der Demokratie verfolgte. Das Blatt von Lambers greift auch heute noch die damalige demokratische Verfassung Lettlands ständig an und ver-

höhnt die im Exil lebenden demokratischen Politiker und die demokratischen Parteien Lettlands. Nach altbewährtem faschistischem Vorbild werden die politischen Parteien als "Spalter der nationalen Einheit" abgelehnt. Besonders verleumdet werden die lettischen Sozialdemokraten, die eine rege antikommunistische Tätigkeit im Exil entfalten.

Derselbe Lamberg ist einer der Leiter des Lettischen Zentralkomitees in Deutschland, welches ebenfalls in Schwäbisch-Gmünd sitzt. Dieses Komitee ist die Hauptstelle der antidemokratischen Agitation unter den in Deutschland wohnenden Letten. Die Leute um Lamberg denunzieren die demokratischen Letten bei den amerikanischen Behörden als "Kommunisten" und haben in vielen Fällen erreicht, dass sie keine Einreiseerlaubnisse in die USA erhielten. Gleichzeitig aber haben gerade die lettischen Faschisten gute Verbindung mit den Kommunisten. In der lettischen Zeitung "Latvju Zinas", welche in Stockholm erscheint, veröffentlichte ein ehem. Mitglied des Obersten Gerichts in Lettland, M. Tschakste, unlängst einen Artikel, in dem er bekanntgab, dass V. Lamberg während der ersten russischen Okkupation Lettlands 1940-41 geheimer Agent des NKWD gewesen ist. Die lettischen Sozialdemokraten werden in den Lagern terrorisiert.

Da diese antidemokratische Agitation auf deutschem Boden geführt wird und die lettischen Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben, den deutschen Behörden unterstellt sind, ist es Zeit, dass die Bundesregierung in Bonn und die Länderregierungen darauf aufmerksam gemacht werden. So etwas kann in Deutschland nicht geduldet werden!

+ + + + +

Politische Propheten

Die grosse Zeit der politischen Propheten ist angebrochen, denn der Themenkreis der möglichen Gespräche scheint sich auf den Punkt der Fragen verengt zu haben: Geht's los? Wann geht's los?

Sie sind zu einer Art Begrüssungsformel mit leicht hysterischem Einschlag geworden, an der man allmählich fast krank zu werden beginnt. Und wenn wieder einer mit diesen Fragen kommt, möchte man es bisweilen mit der Wahrsagerin im Goldbacher-Gässchen in Prag halten, an deren winziger, verschlossener Wohnungstür eines Tages ein Zettel

hing: Wegen Krankheit prophezeit nicht.- Viele sollten es ihr nachmachen.

Im Grunde gibt es bei diesem Geschäft der politischen Prophezeiungen nur Hellseher (die keine Propheten zu sein brauchen) und Schwarzseher - beide in vielen Schattierungen natürlich. Die Optimisten haben es im Gegensatz zu ihrem sonstigen freundlichen Los in diesem Fall schlecht: Kommt der Krieg eines, hoffentlich sehr fernen Tages doch endlich, sind sie die Blamierten. Und dass sie immerhin eine gute Weile recht behielten, schreibt ihnen dann niemand gut. Die Pessimisten aber haben es leicht. Wenn der Krieg Jahrzehnte auf sich warten lässt, so haben sie immer noch den Trost bei der Hand: wartet nur, er wird schon kommen. Und so werden sie wohl recht behalten.

Selten wird der berühmte "gesunde Menschenverstand" so strapaziert wie auf diesem Gebiet. Die Standard-Formel lautet: 'Ich verstehe zwar nicht viel davon, aber mein gesunder Menschenverstand sagt mir...'. Den haben sie alle, wenn auch sonstiges Rüstzeug oft fehlt - die kühlen Techniker, die bohrenden Analytiker und die Leute mit Intuition. Die mit kühnen Analogie-Schlüssen aufgrund mehr oder weniger vollkommener Geschichtskennntnisse und auch diejenigen, die vor allem auf ihre Lebenserfahrung zwischen zwei und acht Jahrzehnten vertrauen; die Phantasievollen und die Phantasielosen: die mit der Kenntnis von Unterlagen aus den geheimsten Geheimarchiven und die anderen, die ihre Weisheit vornehmlich aus dem Kreisblatt beziehen.

Vielleicht ist es etwas ketzerisch, aber vermutlich ist es auch richtig zu sagen, dass sie alle annähernd die gleiche Chance haben, recht zu behalten und dem gleichen Risiko des Irrtums unterliegen, so verschieden ihre geistigen und technischen Hilfsmittel, ihre subjektiven und objektiven Erkenntnismöglichkeiten sind. Ob es, mit anderen Worten, weltbekannte Journalisten, etwa die Gebrüder Alsop in Washington oder die politisierenden Stammtischbrüder im "Anker der Hoffnung" in Wiesbaden sind. Die Nutzenanwendung? Ruhig Blut im Umgang mit politischen Propheten, den grossen und den kleinen!

-u

+ + + + +

Innenminister mit Herzklopfen

sp. Bundesinnenminister Lehr wird ungeduldig, er möchte die Bereitschaftspolizei schon bereit sehen, obwohl gerade der Dilettantismus der Bundesregierung in dieser Frage bisher eine rechtzeitige Aufstellung verhindert hatte. Besonderes Herzklopfen hat unter diesen Umständen der Bundesinnenminister, wenn er daran denkt, dass am 1. Februar unter Umständen ein Streik der Metallarbeiter zur Erhaltung des Mitbestimmungsrechts beginnt und wenn "die dann entstehende Situation von ausländischen Agitatoren zur Anstiftung von Unruhen ausgenutzt wird."

Das ist das neueste Argument, das gegen die Absicht der IG-Metall ins Treffen geführt wird, um die Erhaltung der Mitbestimmung zu kämpfen. Dem Bundesinnenminister war bei seiner Rede vor dem Industrieklub in Düsseldorf sicherlich nicht ganz wohl zumute und darum hat er dieses Argument in einem Nebensatz verborgen. Aber er ist gewiss, es wirkt aus der Verborgenheit doppelt auf die Phantasie des erschreckten Bürgers. Wem würde nicht ein Schauer den Rücken herunterjagen, wenn der Bundesinnenminister, der ja von Amts wegen wissen muss, wie so ein Streik aussieht, solche schrecklichen Gefahren an die Wand malt, wenn auch nur hauchdünn.

Oder wollte Dr. Lehr vielleicht sagen, dass er dem Streik beruhigter entgegensehen würde, wenn er 30 000 Bereitschaftspolizisten hätte, die er auf Grund eines rasch erklärten Notstandes nach Nordrhein-Westfalen werfen könnte, um zu zeigen, wer Herr im Hause ist? Daß man es dann, gestützt auf 30 000 Bereitschaftsbajonette, überhaupt nicht erst zu dem Streik kommen liesse?

Wie schade, dass man vor vier Monaten nicht dem SPD-Vorschlag gefolgt war, die 30 000 Bereitschaftspolizisten den Weg über die Verfassung marschieren zu lassen. Dann könnte die Bereitschaftspolizei heute schon "stehen" und Dr. Lehr hätte es nicht notwendig, erst mit dem kommunistischen Zaunpfahl zu winkeln.

- - - - -
Ergänzung

sp. Zu unserer Notiz "Ehrenamtlich - rund 3000 DM" in der Ausgabe vom 10.1.1950 erhalten wir eine ergänzende Darstellung, demzufolge wir den letzten Absatz in folgender Fassung zu verwenden bitten:

"Das ergibt zusammen rund 3000.-- DM im Monat. Prof. Raskop erhielt den grössten Teil dieser Entschädigungen (einschl. Dienstwagen und Fahrer) auf Grund eines Beschlusses des Verwaltungsrates auch noch nach seinem Rücktritt von dessen Vorsitz bis zum vollständigen Ausscheiden aus dem Verwaltungsrat. Begründung: 'Erfüllung seiner Bundesaufgaben.'"

Tagungen der SPD

sp. Am 15. Januar findet in Düsseldorf eine Sekretär-Konferenz des Bezirks Niederrhein statt. Am 15. und 16. Januar desgleichen eine Bezirkskonferenz des Bezirks Franken in Nürnberg. Diese Konferenz wird sich mit der Regierungsbildung, der Regierungserklärung in Bayern, mit dem Lastenausgleichs-Problem und mit der Frage der Mitbestimmung beschäftigen. Über den letzten Tagesordnungspunkt referiert M.d.B. Käthe Strobel.

Am 16. und 17.1. sind die Landtagsfraktionen, Bezirksvorstand, Bezirksausschuss und Beirat des Bezirks Schleswig Holstein zu einer Tagung nach Kiel einberufen. Diese Tagung wird sich mit den landeseigenen Problemen beschäftigen.

Am 27. Januar tagt der Bezirksvorstand Franken zur Vorbereitung der Bezirkskonferenz in Schweinfurt am 7. und 8. April, der am 6. April eine Bezirksfrauen-Konferenz vorangehen wird.

Für den 28. Januar ist im Landtagsgebäude in Hannover eine Bezirks-Bildungskonferenz einberufen, auf der das Hauptreferat vom niedersächsischen Kultusminister, Richard Voigt, gehalten wird. Zugleich wird auf dieser Konferenz über die Vorbereitungen zur Landtagswahl gesprochen werden.

Der Sozialpolitische Ausschuss beim Parteivorstand der SPD ist zu einer Tagung am 3. und 4. Februar nach Bonn einberufen worden. Er wird sich mit Versicherung, Versorgung, Fürsorge und deren Bedeutung im Aufbau eines deutschen Systems sozialer Sicherheit beschäftigen. Es referieren: Prof. Dr. Schellenberg-Berlin über "Die gegenwärtige Situation der Sozialversicherung"; Oberreg. Rat Dr. Bischoff-Hamburg über "Soziale Aufgaben der Privatversicherung"; Ministerialrat Meyer-Düsseldorf über "Versorgungsformen"; Senatspräsident Dr. Horst Schieckel-München über "Abgrenzung der Versorgung von der Sozialversicherung"; Magistratsdirektor F. Geisthardt-Berlin über "Wohlfahrtspflege im System sozialer Sicherheit" und Prof. Dr. Freller-Stuttgart, der die grundlegenden Gedanken aller Referate zusammenfassen wird.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt